

BÜCHER

LEITBILD GESUCHT

Rezension von: Günther Chaloupek, Michael Mesch (Hrsg.), Der Wandel des wirtschaftspolitischen Leitbildes seit den siebziger Jahren, Orac-Verlag, Wien 1993, 188 Seiten, öS 298,-.

„Es war einmal vor langer, langer Zeit . . .“ begannen in unserer Kinderzeit alle Märchen. Wird bei den Kindern, die den Generationenvertrag mit uns einzulösen haben, der Einleitungssatz zu einem besonders schönen Märchen lauten: „Es war einmal vor langer, langer Zeit Vollbeschäftigung?“

In den siebziger Jahren – hier in Österreich auch noch in den frühen achtziger Jahren – hätte eine solche Einleitung verständnisloses Kopfschütteln erregt. Heute bringt sie bloß auf den Punkt, worauf der Wandel des wirtschaftspolitischen Leitbildes seit den siebziger Jahren de facto hinausläuft.

Darauf nämlich, daß das „Magische Dreieck“ von ehemals (geschweige denn eines der noch ambitionierteren mehreckigen „Magischen Polygone“) aufgehört hat, Leitbild der Wirtschaftspolitik zu sein. Der – zugegeben: schwierigen und immer nur annähernd lösbaren – Aufgabe, mehrere zwar vielleicht nicht antagonistische, jedoch antinome Ziele zugleich zu verwirklichen, wenigstens jedoch gleichrangig anzustreben, ist die Wirtschaftspolitik sogar offiziell enthoben worden:

Die Konvergenzkriterien für die Europäische Währungsunion beschrän-

ken sich, obwohl diese ja zugleich eine Wirtschaftsunion sein soll, derzuzuliebe die Nationalstaaten ganz bestimmt nicht samt und sonders auf sonstige Wirtschaftsziele wie Wachstum, Beschäftigung und Verteilungsgerechtigkeit verzichten werden, nur noch auf ein Ziel: die Geldwertstabilität.

Selbst wenn man konzidiert, daß die Konvergenzkriterien mittelbar noch eine zweite Ecke des „Magischen Polygons“ von ehemals tangieren, nämlich den Leistungsbilanzausgleich (denn hier hatte die erschwerende Nebenbedingung zu festen Wechselkursen gelautet), bedeutet das die Preisgabe des Grundkonzepts für das frühere wirtschaftspolitische Leitbild: daß die Wirtschaftspolitik die verdammte Pflicht und Schuldigkeit habe, eine umfassend konzipierte „Gesamtstabilität“ des Systems anzustreben, lies: nie wieder einem einzigen Ziel eine so absolute Priorität einzuräumen, wie dies in den dreißiger Jahren mit verheerenden Folgen der Fall gewesen war.

Und mit ebenso verheerenden Folgen jetzt wieder der Fall ist. Schon 1991, also noch ehe der letzte Konjunkturabschwung einsetzte, war in zwölf der 17 OECD-Staaten, für die sich dieser Vergleich anstellen läßt, die absolute Zahl der Arbeitslosen höher als am Tiefpunkt der Weltwirtschaftskrise Ende Februar 1933: Sieht man von den fünf Ausnahmen – nämlich den USA, Deutschland, Großbritannien, der Schweiz und natürlich Österreich – ab, waren im vergleichbaren OECD-Bereich damals 2,875.000 Menschen arbeitslos gewesen. Im Jahresdurchschnitt 1991 waren dies 9,519.500, also 3,3mal so viele.

Natürlich läßt sich gegen diesen schematischen Vergleich der unter-

schiedliche Erfassungsgrad einwenden; so etwa war seinerzeit im Falle Schwedens, Australiens und Kanadas nur die Zahl der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder verfügbar. Auch kann darauf verwiesen werden, daß es nicht auf die absolute Zahl der Arbeitslosen, sondern auf die prozentuelle Rate der Arbeitslosigkeit ankomme. Wenn das damit verdeutscht wird, daß die jetzt weit höhere Zahl der Erwerbstätigen, aus der die meist noch immer niedrigere Arbeitslosenrate resultiert, eine ungleich bessere Unterstützung der Arbeitslosen als damals ermöglicht, mögen dies auch die OECD-weit 35 Millionen Arbeitslosen einsehen, denen es ansonsten ad personam höchst egal sein könnte, auf je wieviele Verdienner sie kommen.

Kann man den 35 Millionen Arbeitslosen aber auch verdeutschen, daß sie samt und sonders freiwillig arbeitslos seien, weil gemäß den Lehren der „Neuen Klassik“ (im Buch insbesondere dargestellt von Univ.-Prof. Helmut Frisch in seiner dogmengeschichtlichen Abhandlung „Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik – Konsequenzen und Ergebnisse“) der genügend flexibel festgesetzte Lohn *eo ipso* „markträumend“ sei, so daß (was in vielen Ländern ganz offen mitgedacht wird) an der Arbeitslosigkeit nur die Uneinsichtigkeit der Gewerkschaften schuld sei, die verhindere, daß die Nominallöhne (und mit ihnen auch die Reallöhne) auf jenes Niveau sinken, auf dem sich das natürliche Vollbeschäftigungsgleichgewicht der Marktwirtschaft – Say sei gepriesen! – ganz von selbst einstellen würde.

Das Wegeskamotieren des augenscheinlichen, weil millionenfach dokumentierten Widerspruches zwischen dem Vollbeschäftigungsgleichgewicht, dem nach allen „klassischen“ und neoklassischen Modellen jede nicht wirtschaftspolitisch fehlgesteuerte Volkswirtschaft zustreben sollte, und dem Unterbeschäftigungsgleichgewicht, das sich von Zyklus zu Zy-

klus deutlicher herausstellt – dafür den schönen Namen „Hysteresis“ zu erfinden, macht die Sache nicht besser –; das Wegeskamotieren dieses eklatanten Widerspruches macht ein derartiges Aufgebot an „sophistication“ erforderlich, daß ein ganz besonderer Wandel des wirtschaftspolitischen Leitbildes seit den siebziger Jahren nicht wundernimmmt:

Zu Zeiten des „keynesianischen Konsenses“ konnte ein solches Leitbild noch im Dialog zwischen Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik entstehen, weil sich die Politiker und die Experten, von denen sie sich beraten ließen, in derselben Sprache verständigten. Die „Konterrevolution der neuen Klassik“ jedoch hat zwischen die Wirtschaftspolitiker und die Experten, von denen sie sich nicht mehr beraten lassen, eine Serie von immer diffizileren Modellvorstellungen gesetzt, deren Grenznutzen für den wirtschaftspolitischen Praktiker längst bei Null angelangt ist.

Zuzutrauen wäre diesem Praktiker, daß er, anstatt Plausibilitätsvergleiche zwischen Modellannahmen anzustellen, die jüngste Arbeitslosenzahl (Ende Jänner 285.782) mit der bisher höchsten Jännerarbeitslosigkeit in der Zweiten Republik vergleicht, nämlich 1954 im Gefolge der Stabilisierungskrise 299.548. Daß zwischen dem damaligen und dem jetzigen Höchststand ein Zeitraum von exakt vier Jahrzehnten liegt, ist purer Zufall. Kein Zufall aber ist, daß der per Saldo nur noch geringe Abstand zum bisherigen Nachkriegsmaximum (13.766, also 4,6 Prozent) die Resultante aus zwei gegenläufigen Bewegungen darstellt: Bis 1973 (62.429) war die Jännerarbeitslosigkeit um 237.119 oder 79 Prozent gesunken, seit 1973 ist sie um 223.353, also um 358 Prozent, gestiegen . . .

Ob da die These wirklich überzeugend ist, der Wandel des wirtschaftspolitischen Leitbildes von ehemals – nennen wir es vereinfacht des „keynesianischen Konsens“ – sei nicht bloß

deshalb notwendig gewesen, weil sich die (übrigens keineswegs wirklich keynesianische) Politik des „*permanent deficit spending*“ nicht unbegrenzt hätte fortsetzen lassen; darüber ließe sich diskutieren. Notwendig gewesen sei der Wandel des wirtschaftspolitischen Leitbildes vielmehr deshalb gewesen, weil das frühere versagt habe: Wegen des unseligen Glaubens an die Phillips-Kurve sei statt Beschäftigung nur noch Inflation generiert worden.

Bestünde dieser Vorwurf zurecht, dann müßte mittlerweile statistisch einwandfrei nachweisbar sein, daß die Performance der Wirtschaftspolitik vor dem Wandel des wirtschaftspolitischen Leitbildes eindeutig schlechter gewesen war als seither. Zumindest für Österreich dürfte dieser Nachweis aber, gelinde gesagt, schwerfallen:

Teilt man den Zeitraum, für den verläßliche Daten vorliegen, in die zwei gleich langen Perioden 1955/74 und 1974/93, ergibt sich nach der theoretisch gewiß anfechtbaren, praktisch aber durchaus brauchbaren Formel der New York Stock Exchange für einen Performance-Index der Wirtschaftspolitik (nämlich Wachstumsrate geteilt durch die Summe aus Inflations- und Arbeitslosenrate mal 100) für die Periode 1955/74, in der der „keynesianische Konsens“ unbestritten gewesen war, ein Durchschnitt von 74,7, für die Periode 1974/93 jedoch nur ein solcher von 28,7, und dieser Wert verbessert sich auch nur ganz unwesentlich (auf 29,7), wenn man die Zäsur erst mit dem Jahr 1986 ansetzt.

Das besagt natürlich insofern wenig, als die Hauptursache dieses Rückganges, nämlich das Absacken der jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate von 1955/74: 5,0 Prozent auf 1974/93:

2,2 Prozent, nicht – oder doch nur zum kleinsten Teil – eine Folge der Unterordnung auch des Wachstumszieles unter das Stabilitätsziel war. Doch auch das Stabilitätsziel selbst war 1955/74 mit einer durchschnittlichen Inflationsrate von 4,0 Prozent keineswegs stärker verfehlt worden als 1974/93 mit durchschnittlich 4,3 Prozent, obwohl 1955/74 die mittlere Arbeitslosenrate mit 3,1 Prozent deutlich niedriger gewesen war als 1974/93 (4,0 Prozent).

Daß für beide Perioden eine einigermaßen signifikante negative Korrelation ($r = -0,7$) zwischen Arbeitslosen- und Inflationsrate, also ein Phillips-Kurven-Effekt, nachweisbar ist und daß die – allerdings schwach – negative Korrelation zwischen Wachstums- und Inflationsstempo auf den eher kosteninflationistischen Charakter des Preisauftriebes im gesamten Untersuchungszeitraum hinweist, wäre vielleicht früher einmal zumindest für Wirtschaftswissenschaftler von Interesse gewesen.

Aber diese haben ja mittlerweile vom Boden der Realität so weit abgehoben, daß just am Vorabend des fünften Todestages von Alfred Dallinger ein Buch präsentiert wird, in dem auf 188 Seiten kein einziger der hochrangigen Experten die Frage aufwirft, ob sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit nicht – auch! – damit erklären läßt, daß Mitte der siebziger Jahre der säkulare Prozeß der Arbeitszeitverkürzung praktisch zum Stillstand gekommen ist. Oder weniger dramatisch formuliert: daß sich in Österreich das Tempo der jährlichen Arbeitszeitverkürzung von 1964/75: 1,36 Prozent auf 1975/93: 0,27 Prozent verlangsamt hat ...

Horst Knapp